

Titel: Änderung der Geschäftsordnung für die Hansestadt Stralsund
Einreicher: Jürgen Suhr und Ute Bartel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei

Federführung:	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei	Datum:	31.08.2026
Einreicher:	Fraktion B90/GRÜNE/SPD/Piraten		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	10.09.2026	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Geschäftsordnung für die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund und ihre Ausschüsse wird in § 5a Auskunftsverlangen in Abs. 3 wie folgt geändert:

(3) Eine Aussprache findet nicht statt. Das Auskunftersuchen ist umfassend zu beantworten. Im Zusammenhang mit gegebenen Auskünften sind neben Verständnisfragen nur solche inhaltlichen Nachfragen (Zusatzfragen) zulässig, die sich erst aufgrund der erteilten Auskünfte ergeben, sofern sie mit dem Gegenstand des beschlossenen Auskunftersuchens in einem unmittelbaren sachlichen Zusammenhang stehen. Sie werden, soweit möglich, im Rahmen des Tagesordnungspunktes beantwortet, es sei denn, eine schriftliche Beantwortung ist nach Einschätzung der oder des Antwortgebenden zwingend geboten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Jürgen Suhr
Fraktionsvorsitzender

Ute Bartel
stellv. Fraktionsvorsitzende